

In die Wüste geschickt. Danke, EU – und was sagen tunesische Gewerkschaften dazu?

Voraus ging eine „Explosion im Nadelöhr“: In der zunehmend zum Durchgangskorridor für Migration werdenden, zum „Brennpunkt“ hochstilisierten Stadt Sfax kam es zu pogromartigen Ausschreitungen und rassistischen Übergriffen. Daraufhin sandten die tunesischen Behörden mehrere Hundert Migranten in die Wüstenzonen an den Landesgrenzen. Die EU setzt, nach Libyen, nun auch verstärkt auf Tunesien als Gendarmen und vorgelagerten Grenzwächter ihrer Außengrenzen. – Und was sagen tunesische Gewerkschaften dazu?

Die Hitzewelle, die derzeit das gesamte Mittelmeerbecken heimsucht, erfasst auch Tunesien. In der ersten Hälfte dieser Woche wurden in dem nordafrikanischen and Temperaturen bis zu 47° Celsius gemessen. Nicht die beste Zeit für Ausflüge in die Wüste. Doch weit schlimmer noch ist es, in ihr umherzuirren oder in ihr ausgesetzt zu werden.

Genau dies taten die tunesischen Behörden mit rund 1.000 Migranten aus dem subsaharischen Afrika, die seit Anfang Juli zum Großteil im Wüstengebiet in der Nähe der libyschen Grenze im Südosten des Staatsgebiets, zu einem kleineren Teil bei der algerischen Grenze in dessen Südwesten ausgesetzt wurden. Was die Europäische Union nicht daran hinderte, an diesem Sonntag in Tunis - im Beisein von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der postfaschistischen italienischen Premierministerin Giorgia Meloni sowie des soeben über einen Koalitionsstreit zur Einwanderungspolitik gestürzten niederländischen Regierungschefs Mark Rutte - ein Abkommen zur Eindämmung von Migration mit Tunesiens Regierung zu unterzeichnen.

Die jüngsten Vorfälle im tunesischen Süden nahmen ihren Ausgang in Sfax, der zweitgrößten Stadt Tunesiens, ungefähr auf halber Höhe in Nord-Süd-Richtung liegend. Die Stadt mit rund 600.000 Einwohner/inne/n ist durch die chemische Industrie geprägt, weist jedoch auch ein Hafengebiet auf, das aufgrund seiner Beschaffenheit und aufgrund der Meeresströmungen für Überfahrten in Richtung Europa am geeignetsten ist.

Seitdem der tunesische Staatspräsident Kais Saied mit seiner Rede im Nationalen Sicherheitsrat am 21. Februar d.J. eine regelrechte rassistische Kampagne gegen eine „Invasion“ durch subsaharische Migranten lostrat (vgl. <https://jungle.world/artikel/2023/09/knapp-entkommen> und <https://www.telepolis.de/features/Rechtsextremes-Lob-fuer-Tunesiens-Robocop-8015478.html>) und dadurch auch eine Welle von Gewalttaten auslöste, erhöhte sich

der Abwanderungsdruck bei zum Teil seit längerem im Land lebenden Einwanderern. Ob Neuankömmlinge oder bereits seit ein paar Jahren im Land lebenden Einwanderergruppen: Viele strebten nun verstärkt danach, nach Europa weiterzuwandern, während gleichzeitig im März 2023 Luftbrücken für Rückkehrer in die Länder Guinea, Mali und Côte d'Ivoire organisiert wurden.

Die Stadt Sfax wurde daraufhin zunehmend zum Nadelöhr. Durch findige Migranten, die zum Teil selbst Wassergefährt bastelten und ihren Landsleuten oder Leidensgenossen vergleichsweise günstige Überfahrten anboten, fielen die Preise für außergesetzliche Ausreisedienste um zwei Drittel, eine Überfahrtsmöglichkeit war zum Teil bereits ab rund 500 Euro zu finden. Aus anderen Landesteilen strömten folglich ausreisewillige Menschen aus dem subsaharischen Afrika in die Hafenstadt, und auch algerische Behörden begannen, Migranten und Flüchtende aus Drittstaaten vom östlichen Teil ihres Staatsgebiets in Richtung Sfax zu orientieren.

Dadurch, dass Sfax im Laufe des ersten Halbjahres d.J. zunehmend zur Anlaufstelle wurde, verdichtete sich die Präsenz von Migrantengruppen dort. In einem ohnehin infolge der Kampagne von Staatspräsident Saïed aufgeheizten Klima nahmen daraufhin aber auch die Konflikte zu, was bei einem wachsenden Zulauf auf einem geographischen Punkt, wie in einem Flaschenhals, kaum vermeidbar erscheint, zumal es keine staatliche Politik etwa für das Bereitstellen von Unterkünften oder Notaufnahmen gab. Geschäftstüchtige Tunesier/innen zogen daraus ihren Profit, was wiederum bei Stadtteilnachbarn zu Neid und Missgunst führte. Manchmal wurden auch tunesische Vermieter schlicht überrascht, wenn sie etwa an eine subsaharische Familie vermieteten, dann aber feststellen mussten, dass ihre Räumlichkeiten stattdessen plötzlich Dutzende von Menschen beherbergten – Situationen, die durch den objektiven äußeren Druck der Nachrückenden provoziert oder begünstigt wurden. Das Klima kippte dadurch.

Staatspräsident Saïed und seine Untergebenen nutzten dies für eine Kampagne gegen angebliche „**mafiose Netzwerke**“ in der Stadt, die sich an Schlepperdiensten bereicherten und sich in quasi landesverräterischer Weise verhielten. Objektiv deutet aber alles darauf hin, dass es sich bei jenen, die sich in Sfax an der Not und an den Bedürfnissen Migranten zu bereichern oder jedenfalls ein Zubrot zu verdienen suchten, überwiegend um Einzelpersonen, Familien oder Kleingewerbetreibende hielt, nicht um stabile Netzwerke. Zwar bilden sich erfahrungsgemäß oft mafiose Strukturen im Kontext einer Prohibitionspolitik, in welchem sich ungestillte Bedürfnisse egal welcher Art gegen Aufgeld bedienen lassen, was sich auf illegale Grenzübertritte übertragen lässt. Doch war der Zulauf auf Sfax zu jungen Datums, als sich dort bereits stabile Geschäftsstrukturen rund um die Migration herausgebildet hätten.

Im Laufe des Frühjahrs und Frühsommers dieses Jahres heizte sich das Klima rund um Sfax, das in den landesweiten Medien zum Brennpunkt hochstilisiert wurde, auf. Es kam zu Zusammenrottungen, zu pogromartigen Ausschreitungen. In der Nacht

des 22. Mai 23 attackierten Stadtbewohner ein Gebäude, in dem Migranten untergebracht waren, und töteten dabei einen jungen Mann aus Benin; fünf weitere Migranten wurden verletzt. (Vgl. <https://www.24haubenin.info/?Un-Beninois-tue-lors-d-une-attaque-raciste-a-Sfax> und <https://www.nessma.tv/fr/nationale/actu/sfax-un-immigre-beninois-tue-et-5-blesses-par-7-jeunes-hommes-armes-d-epees/454060>)

Am 25. Juni 23 fand dann eine Demonstration von mehreren Hundert Personen statt, auf welcher unter anderem „Tunesien den Tunesiern“ skandiert wurde.

In der in- wie ausländischen Presse wurde weitgehend der Eindruck erweckt, es habe sich um eine mehr oder minder spontane Demonstration von, wie suggeriert wurde, aufgebrachten ortsansässigen Tunesiern gehandelt. Doch fand sich im Vorfeld der Versammlung der Hinweis darauf, dass mindestens eine politische Partei zu der Kundgebung aufrief (vgl. <https://www.tunisienumerique.com/le-pdl-organise-une-manifestation-pour-denoncer-le-flux-migratoire-irregulier-a-sfax-video/> und <https://www.agenzianova.com/fr/news/tunisia-proteste-nel-paese-contro-la-presenza-di-migranti-subsahariani-irregolari/>) – es handelt sich dabei um den **Parti Destourien Libre** (PDL, ungefähr „freie Verfassungspartei“) unter Abir Moussi; die Anwältin gilt als Gallionsfigur derer, die der Auffassung sind, unter dem 2011 gestürzten Ben ‘Ali-Regime sei alles besser gewesen und die damalige Demokratisierung habe das Land heruntergewirtschaftet. (Zine el-‘Abidine Ben ‘Ali war Staatspräsident von Nov. 1987 bis Januar 2011.) Diese Geisteshaltung ist mittlerweile in der tunesischen Öffentlichkeit breit verankert, und im Grunde verkörpert der PDL lediglich eine zu der autoritären Politik des jetzigen Staatschefs Saied und seinen Anhängern parallel laufende, zu ihr alternative autoritäre Strömung.

Im Wesentlichen europäischen rechtsextremen Parteien, mitsamt ihrer Vorliebe zu Verschwörungstheorien, ähnelt unterdessen der **Parti nationaliste tunisien**, eine laut der Webseite **Nawaat** ursprünglich von sieben Personen gegründete, 2018 gesetzlich zugelassene Kleinstpartei. Die Korrespondentin des Senders **France 24** teilte im Februar dieses Jahres mit, die Organisation weise drei offizielle Mitglieder auf. (Vgl. <https://nawaat.org/2023/02/14/parti-nationaliste-tunisien-racisme-autorise-par-letat/> und <https://observers.france24.com/fr/afrique/20230316-tunisie-video-subsahariens-racisme-complot>) Zu jenem Zeitpunkt begann die faktische Phantompartei jedoch damit, auf die Kampagne von Kais Saied aufbauend, umfangreiche Aktivitäten im Internet und bei den sozialen Kommunikationsmedien zu starten. In den folgenden Monaten bildeten sich in manchen Städten von ihr initiierte bürgerwehrähnliche Gruppen, die gewalttätige Ausschreitungen gegen Schwarze oder auch gegen „**tunesische Verräter**“, die sie beherbergen, begingen.

Zuspruch fand dies auch deswegen, weil es in Tunesien in den letzten Monaten zu einer ausgesprochenen Knappheit bei Grundnahrungsmitteln und -bedarfsgütern wie Speiseöl und Kaffee kam; selbst um Brot stehen Menschen mitunter in langen Warteschlangen an. Daraufhin fruchteten Appelle, „**nicht an Schwarzafrikaner**“ zu verkaufen. Kleinhändler verweigerten ihnen in ihren Wohnvierteln entweder den Nahrungskauf oder gewährten ihnen nur gegen Aufpreis. Abhilfe verschafften

dagegen nur Supermärkte in den Stadtzentren, diese befanden sich aber oft in einiger Entfernung.

Es gab und gibt jedoch auch einen Teil der tunesischen Zivilgesellschaften, die sich gegen solche Tendenzen stemmt, sei es aus politischen Gründen oder auch aus Motiven spontaner Mitmenschlichkeit. Aus Sfax zeigen Videoaufnahmen auch Stadtbewohner, die Trinkwasserflaschen und Essen an subsaharische Afrikaner verteilen. Bei *Tunisie numérique*, wo Artikel hetzerischer Natur – einer bezeichnete die Migranten in Sfax als „**von Boko Haram infiltriert**“ (vgl.

<https://www.tunisienumerique.com/tunisie-les-subsahariens-a-sfax-sont-infiltres-par-les-elements-de-boko-haram/>) - und solche gegenläufiger Tendenz unvermittelt

koexistieren, war ein Beitrag übertitelt mit einem Hinweis

(<https://www.tunisienumerique.com/subsahariens-un-sursaut-humanitaire-citoyen-qui-honore-la-tunisie/>) auf die Helfer, die, so hieß es sinngemäß, die Ehre Tunesiens retteten. Die linksoppositionelle „Arbeiterpartei“ oder „Werktätigenpartei“ PT

verabschiedete eine antirassistische Resolution. Besonders in Solidaritätsarbeit engagiert ist auch das gewerkschaftsnahe „Tunesische Forum für ökonomische und soziale Rechte“ (FTDES), eine der wichtigsten NGOs im Lande. Hingegen zeigt sich der Gewerkschaftsverband UGTT ambivalent. Mitglieder der UGTT verteilten Wasserflaschen und Nahrungsmittel aus dem Kofferraum eines Autos, doch der Regionalverband der UGTT in Sfax publizierte eine Pressemitteilung über „**unhaltbare Zustände**“ und mit einer Ankündigung, „**die Einwohner von Sfax zu verteidigen**“, welche zumindest ambivalent ausfällt und sich auch als Kritik an der Anwesenheit der Migranten lesen lässt. (Vgl.

<https://www.tunisienumerique.com/affaire-des-migrants-lurt-exprime-ses-inquietudes-de-la-crise-a-sfax/>)

Am Abend des 03. Juli 23 kam ein Tunesier durch Stichverletzungen zu Tode, infolge einer Auseinandersetzung zwischen Einwohnern von Sfax und kamerunischen Migranten. (Vgl. bspw.: <https://www.france24.com/fr/afrique/20230705-%C3%A0-sfax-la-mort-d-un-tunisien-lors-de-heurts-avec-des-migrants-fait-craindre-des-violences> und <https://www.rfi.fr/fr/afrique/20230705-tunisie-tension-%C3%A0-sfax-apr%C3%A8s-la-mort-d-un-tunisien-poignard%C3%A9-lors-de-heurts-avec-des-migrants>) Daraufhin explodierte die Gewalt nochmals. Dieses Mal griff die Staatsmacht an. Behörden kündigten den Migranten an, sie in Bussen in die Hauptstadt Tunis zu bringen. Doch stattdessen fuhren diese in Richtung Süden an die Landesgrenzen und setzten Hunderte von Menschen, unter ihnen auch Frauen und Kleinkinder, dort aus. Der Fund von zwei Leichen in den darauffolgenden Tagen (vgl. Kurzfassung bei der Agentur Afp: <https://www.lefigaro.fr/flash-actu/tunisie-au-moins-deux-migrants-retrouves-morts-dans-le-desert-pres-de-l-algerie-20230711>) ist gesichert, weitere Tote sind bislang Gegenstand unbestätigter Meldungen. Gerüchte sprachen etwa von einer toten Frau und ihrem toten Baby, diese Nachricht konnte jedoch bislang nicht erhärtet werden.

Eine größere Gruppe von rund 600 Migranten, die an der Grenze zu Libyen ausgesetzt worden war und sich in der Sahara bis circa fünfzehn Kilometer in dessen Landesirre verirrt hatte, konnte am 11. Juli d.J. über die tunesische Grenze zurückkehren (vgl. <https://www.tunisienumerique.com/tunisie-subsahariens-ils-ont-finalement-pu-acceder-au-territoire-tunisien/>), während Libyen seinerseits seine Westgrenze schloss. (<https://www.tunisienumerique.com/la-libye-boucle-ses-frontieres-devant-les-migrants-dans-le-sud-tunisien/>) Zuvor schlugen nationale, aber auch internationale NGOs wie Human Rights Watch Alarm, und Videos von in der Wüstensonne ohne Nahrungsmittel ausharrenden Menschen kamen in Umlauf. Die rund 600 Betroffenen wurden inzwischen über, aufgrund der Ferienzeit leerstehende Schulgebäude in mehreren südtunesischen Städten verteilt. (Vgl. <https://www.tunisienumerique.com/tunisie-hebergement-de-plus-de-600-migrants-subsahariens-dans-les-lycees-de-mednine-et-tataouine/> und <https://www.tunisienumerique.com/tunisie-mednine-evacuation-des-migrants-qui-etaient-heberges-dans-les-lycees/>) Zu Anfang dieser Woche (17.07.2023-) verorteten Nichtregierungsorganisation jedoch noch weitere 100 bis 150 Menschen im Niemandsland zwischen Tunesien und Libyen. Weitere 150 Migranten wurden an die algerische Grenze in das Wüstengebiet von Hazoua gefahren, überschritten diese und wurden zuletzt in der Nähe einer Kommune auf der algerischen Seite kontaktiert. Danach verlor sich ihre Spur, wohl, weil ihre Handys keinen Empfang oder keine Batterie mehr hatten.

Die Europäische Union verspricht unterdessen dem im Winter 2022/23 kurz vor dem Staatsbankrott stehenden Tunesien eine „**Soforthilfe**“ in Höhe von 150 Millionen Euro sowie – später zurückzuzahlende, harharharhar – Kredite über 900 Millionen Hilfe, um seine maritimen Grenzen besser zu sichern. Das am Sonntag, den 16/07/2023 unterzeichnete Abkommen (vgl. <https://www.tunisienumerique.com/exclusif-les-principaux-points-concernant-laccord-entre-la-tunisie-et-lunion/>) enthält, neben Passagen über wirtschaftliche Kooperation und Investitionen sowie Mobilitätsversprechen für qualifizierte Tunesier, auch ein Kapitel über die Zusammenarbeit beim Thema Migration. Darin ist der Satz hervorgehoben, Tunesien sei „**kein Ansiedlungsland für Migranten**“ und sichere „**nur seine eigenen Außengrenzen**“. Die in der Publikation bei *Tunisie numérique* unterstrichenen Passagen waren offenkundig Gegenstand längerer Diskussionen. Die tunesische Seite will tunlichst verhindern, dass über ihr Territorium in die Union eingereiste Migranten aus EU-Staaten nach Tunesien zurückgeschickt werden – diese sollen bitte nur in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden.

In Wien fasste der Sender **Puls24** dazu unterdessen das Herangehen der EU zu den auf tunesischem Boden befindlichen Subsaharern zusammen: „**Tunesien-Abkommen: EU zahlt, damit Andere das Menschenrecht verletzen.**“ (<https://www.puls24.at/news/chronik/tunesien-abkommen-eu-zahlt-damit-andere-das-menschenrecht-verletzen/302828>)

Artikel von Bernard Schmid vom 21.7.2023 - wir danken!

Vgl. dazu noch ein paar vom Autor ausgewählte Links:

- <https://www.tunisienumerique.com/tunisie-migrants-subsahariens-a-quoi-jouent-ces-medias-francais/>
- <https://bnn.network/world/libya/arab-rights-group-calls-for-help-for-migrants-abandoned-on-libya-tunisia-border/>
- <https://www.jeuneafrique.com/1462621/politique/tunisie-deux-migrants-retrouves-morts-dans-le-desert/>
- <https://www.infomigrants.net/fr/post/50321/migrants-subsahariens-abandonnes-dans-le-desert-tunisien--on-va-bientot-mourir-de-soif-aidez-nous>
- <https://www.lexpress.fr/monde/libye-des-migrants-secourus-en-plein-desert-a-la-frontiere-avec-la-tunisie-XACIVZKYNJBLTEW2WQGCVV7I2M/>
- <https://information.tv5monde.com/afrique/video/tunisie-kais-saied-sest-exprime-au-sujet-des-migrants-2658271>
- https://www.lemonde.fr/afrique/article/2023/07/13/les-violences-contre-les-migrants-en-tunisie-divisent-la-diaspora-tunisienne_6181858_3212.html
- https://www.lemonde.fr/afrique/article/2023/07/16/la-tunisie-et-l-union-europeenne-signent-un-partenariat-sur-l-economie-et-la-politique-migratoire_6182243_3212.html
- https://www.lemonde.fr/afrique/article/2023/07/11/en-tunisie-des-centaines-de-migrants-ont-ete-mis-a-l-abri-d-autres-restent-abandonnes-dans-le-desert_6181472_3212.html
- https://www.lemonde.fr/afrique/article/2023/07/06/en-tunisie-des-subsahariens-expulses-de-sfax-vers-le-desert_6180768_3212.html
- https://www.lemonde.fr/international/article/2023/07/09/un-navire-de-migrants-fait-naufrage-au-large-de-la-tunisie-un-mort-et-au-moins-dix-disparus_6181231_3210.html
- https://www.lemonde.fr/afrique/article/2023/06/26/en-tunisie-une-manifestation-contre-les-migrants-clandestins_6179242_3212.html
- https://www.lemonde.fr/afrique/article/2023/07/10/a-ellouza-port-de-peche-tunisien-la-mort-l-errance-et-les-retours-contraints-des-migrants-qui-revent-d-europe_6181249_3212.html
- https://connexion.liberation.fr/autorefresh?referer=https%3a%2f%2fwww.liberation.fr%2finternational%2fafrique%2ftunisie-a-sfax-des-migrants-subsahariens-expulses-de-force-pres-de-la-frontiere-libyenne-20230707_44QSGPNVBJGP5NQM7FJME6F34E%2f
- https://www.liberation.fr/international/afrique/a-sfax-en-tunisie-les-migrants-subsahariens-affluent-dans-un-climat-tendu-20230705_3SHWPZ5WBNFJ5KTTORWGL3KPTU/?redirected=1

Neueste Entwicklung im Laufe dieser Woche:

- <https://www.tunisienumerique.com/kasserine-un-migrant-assassine-trois-personnes-arretees/> (ein Toter in Kasserine, im westlichen Tunesien)
- <https://www.tunisienumerique.com/huit-experts-de-lonu-exhortent-la-tunisie-a-faire-respecter-les-droits-des-migrants/>
- <https://www.lefigaro.fr/international/tunisie-des-abus-graves-contre-les-migrants-africains-denonces-par-human-rights-watch-20230719>

Und auf Deutsch:

- <https://www.puls24.at/video/puls-24/absichtserklaerung-wie-ernst-ist-es-in-tunesien/v1a7nevpzzflp>
- <https://www.derstandard.at/story/3000000179236/die-harte-wahrheit-hinter-dem-eu-deal-mit-tunesien>
- Deutschsprachige Zusammenfassung zum Deal EU/Tunesien, der Artikel enthält jedoch sachliche Fehler (nein, der Überfall, bei dem ein Staatsbürger von Benin zu Tode kam, fand nicht « *in der Nacht vom 22. zum 23. Juni* » in Sfax statt, sondern bereits einen Monat früher: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9300>

Siehe weitere aktuelle Meldungen und Hintergründe im Dossier im LabourNet Germany: [Neue Route: Lage in Libyen verlagert Fluchtwege. Tunesische Regierung reagiert mit Repression auf Migranten](#)